

lassung.⁴³ Später wurde in der Zulassungspraxis ein Zustellbevollmächtigter akzeptiert, ohne dass hieraus ein Anspruch auf Genehmigung des Zuzugs nach Berlin hergeleitet werden durfte,⁴⁴ damit die amerikanische Staatsangehörigkeit nicht entzogen werden konnte.⁴⁵ Mit dieser Konstruktion waren *Lilli Seligsohn* jedoch, wie auch anderen jüdischen Kolleg*innen, finanzielle Unterstützungen für den Aufbau einer Kanzlei in Deutschland verwehrt.⁴⁶ Alle jüdischen Kolleg*innen wurden in die Rolle der Ehefrau gedrängt. Ob dies ein „wiedergutmachungsrelevanter“ Tatbestand sei, urteilte das LG Karlsruhe, dass die Ehefrau zwar „durch die *Ausschaltung*“ des jüdischen Ehemannes „mittelbar geschädigt worden“ sei. Hierfür werde jedoch „in keinem der Entschädigungsgesetze eine Wiedergutmachung vorgesehen.“⁴⁷ Familienrechtliche Verpflichtungen (§ 1356 BGB), auch als unentgeltliche Mitarbeit im Geschäft des Mannes, konnten kein Unrecht sein. *Lilli Seligsohn* starb im April 1990.⁴⁸

IV. Fazit

Lilli Seligsohns Leben und Berufsweg offenbart Diskriminierung als Frau, als Ehefrau, als Juristin, als Hinterbliebene, als Holocaust-Opfer, als Geflüchtete in signifikanter perfider Kontinuität vom Nationalsozialismus bis in das sogenannte Wiedergutmachungsrecht hinein. Ein spät deklinierter gesetzlicher Anspruch verhinderte beständige Hilfe während wichtigster Zeit. Nicht nur das Wohnsitzerfordernis stand im Widerspruch zur Verfolgungswirklichkeit, sondern auch die Unübersichtlichkeit alliierter Rechts beförderten Unsicherheit, Resignation und Angst unter den Opfern. Viele, wie auch *Lilli Seligsohn*, stellten Anträge nicht.

Viele Tatbestände der „Wiedergutmachung“ knüpften an den Antrieb nationalsozialistischer Täter an, sodass in einem Wechselspiel, einmal die Verfolgung und das andere Mal die Sicht der Täter den Anspruch im Einzelfall regulierte, wie das Verfahren einer verdrängten Richterin zeigte. Der Begriff der „Billigkeit“ steuerte nach einem „natürlichen“ Gerechtigkeitsempfinden die Anwendung positiven Rechts in der Abwägung im Einzelfall, überantwortet an Behörden, von denen bekannt war, dass ihre Mehrzahl den Opfern gleichgültig bis ablehnend gegenüberstand. Das „degenerative“⁴⁹ „Wiedergutmachungsrecht“ beförderte eine Chronifizierung intersektionalen Unrechts, auch Mithilfe manifester familienrechtlicher Leitbilder des 19. Jahrhunderts. Es gibt kein Unrecht, das nur einem gilt. Sehen wir uns die Welt heute an: Europa, Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben gewählt. Es geht nicht nur darum was war, sondern darum, was wir jetzt tun.

- 42 Ferid, Murad: Das Staatsangehörigkeitsrecht der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Fr. a. M. 1951, S. 92 ff.
 43 §§ 18, 21 letzter Satz der Rechtsanwaltsordnung in der gemäß Artikel I des Gesetzes über vorläufige Maßnahmen auf dem Gebiete des Anwaltsrechts v. 06.05.1952 anzuwendenden Fassung, in: GVOBl. Berlin, 8. Jg. Nr. 34 v. 17.05.1952, S. 312 f.
 44 Zulassungspraxis RAK Berlin, in: LAB B Rep. 068.
 45 Murad Ferid (Fn. 42), S. 98 f. mit Zitat aus Sec. 404 (USC 8, 804).
 46 § 33 Abs. 3 Berl-EG, (Fn. 29), S. 83.
 47 Urteil v. 25.11.1954, Az. WG II 2015, in: GLA B.- W. 480 Nr. 1835 (2), Bl. 4 f. Kursiver Akzent nicht im Original.
 48 New York Times, Apr. 24, 1990, p. D23.
 49 Entschädigung, aber kein Ende der Diskriminierung.

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-3-125

Jüdische Juristinnen und Juristinnen jüdischer Herkunft heute

Einsatz für Gleichstellung von Frauen in Europa

Mag. Dr. Daniela Bankier LL.M. (University of Michigan)¹

Gleich vorweg: Ich bin Juristin und ich bin jüdisch, allerdings in Österreich aufgewachsen und sozialisiert. Also nicht ganz genau zum *Deutschen* Juristinnenbund passend. Aber irgendwie passt in meinem Werdegang nie genau zum Muster und das ist, bereits zu Beginn dieses kurzen Aufsatzes über jüdische Juristinnen, vielleicht auch schon eine *conclusio*.

Zum Jusstudium in Wien habe ich mich Mitte der 1980er Jahre entschieden. Zusammen mit einem befreundeten Kommilitonen waren wir damals genau zwei jüdische Studierende an der Juridischen Fakultät der Universität Wien. Das Jusstudium war im Kreis der jüdischen gleichaltrigen in Wien damals nicht attraktiv: zu frisch hatten wir alle noch die Warnungen unserer Eltern im Ohr: mit einem Jurastudium seid ihr zu stark an ein

Land (Österreich) gebunden! Nicht flexibel genug, um das Land verlassen zu können, falls Gefahr droht! Ihr müsst eine Ausbildung machen, die es Euch jederzeit erlaubt, überall auf der Welt Fuß fassen zu können! Diese Warnungen und Ratschläge waren natürlich Ausdruck der zutiefst traumatischen Erfahrungen, die meine Eltern wie die Eltern von vielen meiner Freund*innen und Bekannten im zweiten Weltkrieg gemacht hatten, die Verfolgung als Juden, die Ermordung von Geschwistern und Eltern, die Auslöschung ihrer Kindheit und ihrer Familien. Ausdruck auch der daraus zu ziehenden Lehren: nie wieder. Sich nie zu stark binden oder Wurzeln schlagen. Immer in der Lage sein

- 1 Die Autorin hat in Wien, Paris und den USA Rechtswissenschaften studiert und an der Universität Wien in Europarecht promoviert. Sie begann ihre berufliche Karriere bei der Oesterreichischen Nationalbank und ist seit 1999 in leitender Funktion für die Europäische Kommission tätig. Daniela Bankier lebt mit ihrem Mann und ihren drei Kindern in Brüssel und Wien.

zu fliehen, falls Gefahr droht. Ich habe mich über die Warnungen meiner Eltern hinweggesetzt, wenn auch zögerlich, und in Österreich Jura studiert. Vielleicht wurde mir das durch die Tatsache erleichtert, dass meine beiden älteren Geschwister den Ratschlägen der Eltern gefolgt waren und Mediziner wurden.

Am Jurastudium gefiel mir die Struktur, das Lösen von Aufgaben und Problemen anhand einer Methode, der Halt und die Klarheit, die ich im Studium gefunden habe. Ich habe schnell eine Präferenz für das öffentliche Recht und die „großen“ rechtlichen Fragen entwickelt: die Grund- und Freiheitsrechte, die Demokratie, der Rechtsstaat, Internationales und Europäisches Recht – letzteres steckte damals in Wien noch in Kinderschuhen. Ich las *Hans Kelsen* und war fasziniert von seiner Sprache, von der Klarheit und Prägnanz seiner Abhandlungen. Viel weniger Geduld oder Affinität hatte ich mit dem Zivilrecht oder dem Verfahrensrecht, das mir immer zu kleinlich erschien.

Die Juristische Fakultät der Universität Wien war in den 1980er Jahren sehr konservativ und männlich dominiert. Es gab zu meiner Studienzeit nur eine weibliche Professorin, die den Lehrstuhl für Kirchenrecht, ein Randthema, innehatte. Alle anderen Professoren waren Männer und viele dieser Professoren waren Mitglieder von konservativen, „men only“ Studentenverbindungen. Immer wieder gab es auch Aufregung über einzelne Professoren im Juridicum, die sogenannten „schlagenden“ Studentenverbindungen, die oftmals rechtsextrem und antisemitisch sind, zugerechnet wurden. Der Sponsionsfeier zu meinem Magister Juris Abschluss bin ich ferngeblieben, weil der damalige, die Sponsion² durchführende Rektor, als solch schlagender Burschenschaftler bekannt war und ich meinen Studienabschluss nicht von so jemanden überreicht bekommen wollte.

Während meines Studiums der Rechtswissenschaften in Wien gab es also praktisch keine weiblichen Vorbilder, schon gar keine jüdischen, dafür sehr traditionelle, hierarchisch-frontale Unterrichtsmethoden, und eine sehr konservative und männlich geprägte Professorenschaft.

Anregender fand ich meine Auslandsstudien in Paris und insbesondere in den USA, wo ich 1991 meinen LL.M. an der University of Michigan Law School absolvierte. Das war für mich wie ein Ankommen, wie wenn man etwas lange sucht und endlich findet. Hier waren sie nun, die Professoren, die Gesetze hinterfragten, die endlich Fragen stellten, Recht in politische Zusammenhänge stellten, Kritik und Diskussionen zuließen und uns aufforderten, es ihnen nachzutun: ist diese Bestimmung gerecht? Ist diese Entscheidung des Supreme Courts in dieser *causa* richtig? Haben die Richter*innen in diesem Urteil alle Facetten des Falles durchleuchtet? Plötzlich waren da auch Frauen, die wichtige Lehrstühle innehatten, zum Beispiel die beeindruckende *Catharine MacKinnon*, die feministische Rechtstheorie lehrte. Aber auch die männlichen Professoren waren aufgeschlossen und sensibel gegenüber Gleichstellungsthemen, was sich in der allgemeinen Stimmung an der Fakultät widerspiegelte, die so viel offener und lebendiger war, als was ich aus Wien kannte.

Was hat mein Studium und mein akademischer und beruflicher Werdegang als Juristin mit meinem Judentum zu tun? Wie jeder Mensch bin ich stark von meiner Kindheit geprägt

und diese wiederum war sehr stark von meinen Eltern geprägt, die beide während des zweiten Weltkrieges sehr gelitten haben, insbesondere mein Vater, der als junger Mann höllische Jahre der Verfolgung, mehrere Konzentrationslager, Hunger, Not und Folter überlebte und seine ganze Familie verlor. Ich denke, dass mein sehr ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit, mein Studium der Rechtswissenschaften, mein Hang zu Recht und Ordnung, mein Einsatz für Gleichstellung und gesellschaftliche Fairness, mein Berufsleben, durch das sich der Einsatz für die Schwachen gegen die Stärkeren wie ein roter Faden zieht, viel mit meinem Elternhaus und meiner Familiengeschichte zu tun hat. Auch sind jüdische Tradition und Religion wichtige Teile meiner Identität, also eine Tradition, die das Lernen, das Hinterfragen, und das In-Frage-Stellen als Wesenskern hat. Auch dem jüdischen Gebot des „*Tikkun Olam*“, der Verpflichtung jedes Einzelnen, die Welt zu heilen und besser zu machen, fühle ich mich stark verpflichtet.

Beruflich habe ich an der Europäischen Idee und dem Europäischen Projekt angedockt und in Europa meine berufliche Heimat gefunden. Meine Europäische „Berufung“ hat, denke ich, vermutlich auch mit meinem Judentum zu tun. Das Europa der Gründerväter und -mütter der Europäischen Union ist ein zutiefst humanistisches, vom Willen getragen, Krieg und Zerstörung zu überwinden, mit dem Ziel der „*ever closer Union of the peoples*“ und der Orientierung an den Grundwerten der Menschenwürde und der Demokratie. Darin kann ich mich als Jüdin gut wiederfinden.

Ich hatte das große Privileg und Glück, zunächst in der österreichischen Notenbank und dann in der Europäischen Kommission an spannenden europäischen Projekten und Themen zu arbeiten. Für die Notenbank war ich an vorderster Front in die Arbeiten zur Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion und der gemeinsamen Währung, des Euro, tätig.

Mein Wechsel in die Europäische Kommission erfolgte direkt ins Kabinett der deutschen Haushaltskommissarin Dr. *Michaele Schreyer*, die nicht nur in Sachen EU-Budget, sondern auch gesellschaftspolitisch und ökonomisch sehr engagiert und ambitioniert war.

Im Anschluss an meine Kabinettszeit entschied ich mich, die Themen Arbeitsmarkt und Gleichstellung („*Equality*“) in meinen Mittelpunkt zu stellen und baute die Abteilung für Anti-Diskriminierungs- und Gleichbehandlungsrecht auf, in der wir mit meinem Team mehrere europäische Richtlinien etwa zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder zum Schutz vor Diskriminierung vorlegten und mit Rat und Parlament verhandelten.

Danach übernahm ich die Abteilung für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union, die ich sieben Jahre leiten durfte. In dieser Zeit haben wir viel zum Gender Pay Gap und zum Gender Pension Gap gearbeitet und weitergebracht, zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen in Europa, zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Mütter und Väter, zu mehr Frauen in Führungspositionen

2 Anm. d. Red.: Die Sponsion bezeichnet in Österreich die Verleihung eines akademischen Grades.

und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. In dieser Zeit habe ich auch regelmäßig mit dem Deutschen Juristinnenbund zusammengearbeitet. Das hervorragende Engagement und die Klugheit der djB-Kolleginnen habe ich sehr geschätzt, und tue das bis heute. Zusammen haben wir mehrere bedeutende Projekte auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel zu Frauen in Aufsichtsräten.

Derzeit bin ich in der Europäischen Kommission und ihrer Generaldirektion Justiz für die europäische Verbraucherpolitik zuständig, und somit wieder in einem Themenfeld, in dem es stark „menschelt“, und in dem es um asymmetrische Machtverhältnisse und Gerechtigkeit geht. Es gibt in meinem derzeitigen Aufgabenbereich auch viele verbraucherrechtliche Fragen für mein Team und mich zu lösen sowie einige europäische Rechtsetzungsverfahren zu gestalten, etwa zum Schutz von Verbraucher*innen in unserer zunehmend digitalen Welt oder zur Sicherstellung der Verlässlichkeit von „grünen“ Labels und Produktinformationen zur Nachhaltigkeit.

Als Juristin und bekennende und praktizierende Jüdin bin ich weiterhin stolz und empfinde es als Chance und Ehre, das Europäische Projekt und überhaupt die Welt, in der wir leben und die sich so schnell verändert, mitgestalten zu dürfen. In den letzten Monaten und seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der für mich unerwarteten Welle des Antisemitismus in Europa, die dadurch ins Rollen kam, wachsen allerdings auch meine Zweifel, ob es für Jüdinnen und Juden und somit auch für meine Kinder in Europa eine erstrebenswerte Zukunft gibt.

Geschichten teilen

Hannah Blum

Volljuristin und Kulturanthropologin (M.A.), Frankfurt am Main¹

Um das Jahr 2015 herum entschloss ich mich, endlich gezielt nach der Lebensgeschichte meiner jüdischen Großmutter väterlicherseits zu recherchieren, die 1945 aus den Sowjetgebieten nach Westdeutschland geflohen und als DP (displaced person) nach Bayern verbracht worden war. Mein Vater, bereits 2009 verstorben, hatte nur Vermutungen über ihre Erfahrungen in der Nazizeit geäußert. Meine Mutter wollte mich bei meiner Recherche gerne unterstützen. Auch in ihrer Familie sind jüdische Verwandte in der Nazizeit ermordet worden. Sie hatte sich kurz zuvor dafür eingesetzt, dass im Frankfurter Westend vor dem ehemaligen Wohnsitz von zwei dieser Verwandten Stolpersteine gelegt und ihre Geschichten in Yad Vashem in Jerusalem aufgenommen werden. Heribert, ein Cousin ihres Vaters wurde als politisch Verfolgter und „Halb Jude“ in Auschwitz ermordet – mit Zwischenstationen unter anderem im Frankfurter Polizeigefängnis Klapperfeld und im KZ Buchenwald. Die Geschichte seiner Mutter Kathinka weicht in der Familienüberlieferung von den Archiven ab. Für uns war Kathinka von der Gestapo vergiftet worden, die Nachforschungen einer Historikerin, die

von der Initiative Stolpersteine damit beauftragt wurde, ergaben, dass sie von der Gestapo mit Todesfolge misshandelt worden war.

Ich fahre also zu meinen vielen Cousins und Tanten nach Bayern. Meine Großmutter Ruth hatte in der Nachkriegszeit neun Kinder geboren. Wie zum Trotz, denke ich immer. Trotz gegen den immer wiederkehrenden Vernichtungswahn gegen jüdisches Leben. Meine Cousins und Tanten sind hilfsbereit und freundlich und unterstützen mich bei der Recherche, sind aber selbst an dem Thema nicht besonders interessiert. Fast alle Tanten berichten schließlich, dass es schwierig war mit meiner Großmutter. In Israel gibt es Forschungen zu den Auswirkungen der Nazizeit auf die psychische Gesundheit der Überlebenden und ihrer Kinder, die Verständnis in der Familie bewirken konnten. Hier in Deutschland fehlt das völlig, meine Tanten und Onkel sind noch heute verletzt und überfordert vom übermäßig strengen Verhalten meiner längst verstorbenen Großmutter. Ich selbst habe sie nur als Kleinkind zweimal gesehen. Auch das Verhältnis meines Vaters zu seinen Eltern war gespalten.

Meine ersten Unterlagen erhalte ich von dem Standesamt, an dem meine Großmutter ihren bayrischen Mann geheiratet hatte. Meine Großmutter hatte im Krieg alles verloren, auch ihre Geburtsurkunde. Die notwendigen Personenstammdaten, die ihre Heirat ermöglichen sollten, stammten aus eidesstattlichen Zeugenaussagen von anderen jüdischen Überlebenden aus Polen auf Polnisch. Eine polnische Bekannte übersetzt für mich. Mit den neuen Informationen und Unterlagen kann ich schließlich genauer in den Arolsen Archiven nachfragen und erhalte nach ein paar Monaten noch ein paar zusätzliche Daten. Als ich die lange Todesliste mit den unzähligen deutschsprachig-jüdischen Namen des Arbeitslagers für Jüdinnen und Juden in Markstädt (heute Polen) durchlese, in dem meine Großmutter zwei Jahre Zwangsarbeit leisten musste, kommen mir die Tränen. Ich bezweifle, dass wir uns unter der Zahl 6 Millionen überhaupt etwas vorstellen können. Deswegen sammelt Israel in Yad Vashem alles, was übriggeblieben ist: Hand (bzw. Handzeichen, sprich: Denkmal) und Name heißt der Museumsname ins Deutsche übersetzt. Das ist ein Ansatz, dem sich viele politische Bewegungen, die sich für Aufarbeitung von Gewaltverbrechen einsetzen, – wenn vielleicht auch unbewusst – angeschlossen haben: Say their names.



▲ Großmutter Ruth Vogel, kurz nach der Befreiung 1945/1946. Quelle: privat/Kopie aus der eidesstattlichen Versicherung.

1 Ihr Interesse an Gerechtigkeit und sozialen Fragen führte die Autorin von der Geflüchtetenhilfe in Deutschland über die feministische Entwicklungszusammenarbeit nach Niger und schließlich zurück nach Deutschland in die Kulturverwaltung.



▲ Heribert Adam und Mutter Kathinka Adam, geb. Kahn (in der Bildmitte) und Familie, ca. 1927, Quelle: privat

Und deswegen gebe ich hier diesen kurzen Einblick in meine Familiengeschichte. Es gibt Namen und Gesichter zu den Verbrechen. Und es gibt Überlebende, wie meine Großmutter Ruth, und ihre Nachkommen.

Ich schreibe das für Menschen, die diese Ausgabe lesen und sich fragen, was es heute heißen kann, deutsche Juristin zu sein und jüdische Familie zu haben, wenn die Familie nicht erst in der Nachkriegszeit nach Deutschland eingewandert ist. Motiviert dazu meine Geschichte zu teilen hat mich auch ein Artikel von *Mirna Funk* in der Jüdischen Allgemeinen vom Februar 2024.² Sie schreibt, „dass diese Geschichte – die Geschichte der europäischen Juden – eine Geschichte des Bruchs ist.“ Meine jüdische Familiengeschichte ist geprägt von Begriffen wie Verfolgung, KZ, Arbeitslager und Gestapo. Gleichzeitig ist meine Familie nicht religiös und keiner Gemeinde angeschlossen. Zwar begleite ich gerne meine Mutter zu Veranstaltungen wie Sprach- und Kochkursen oder Vorträgen in den jüdischen Gemeinden in Wiesbaden und Frankfurt, reise mit ihr gemeinsam nach Israel oder allein in „meinen“ Kibbuz zum Freiwilligendienst. Ganz selten, zu Jom Kippur zum Beispiel, war ich auch schon mal in der Synagoge. Doch im Grunde gibt es einen unüberbrückbaren Bruch in meiner Familiengeschichte, mütterlicherseits und väterlicherseits. Ein nur noch säkularer Bezug zur jüdischen Welt, der mich in der jüdischen Gemeinde immer nur ein Gast sein lässt. Für meinen Alltag im säkularen deutschen Mainstream bleibt mir aber das Wissen, dass wir von Menschen abstammen, die über Jahrhunderte wegen ihrer Religionszugehörigkeit verfolgt wurden und es begleitet mich eine tiefste Sensibilität und ein als völlig neu erlebtes Entsetzen für den immer offener werdenden Antisemitismus. Und es wächst ein Schmerz über das Wissen, dass sehr viele Menschen um uns herum das nicht genauso sehen und fühlen.

Über meine juristische Ausbildung könnte ich erzählen, wie dort unreflektiert, zumindest zu meiner Zeit in den sogenannten

„Nullerjahren“, Nazi-Juristen immer noch für ihre Errungenschaften für das Zivil- und Verwaltungsrecht gepriesen wurden und wie meine kritischen Nachfragen von Mitstudierenden abgetan wurden – mit dem Hinweis, ich solle doch einen Kurs zu Rechtsgeschichte besuchen. Ich könnte hier auch über die fehlende Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Kultur- und Anthropologie und in der postkolonialen Theorie sprechen. Doch stattdessen möchte ich an dieser Stelle Namen und Gesichter teilen: Ruth, Kathinka und Heribert.

Wenn wir unsere Werte schützen wollen, dürfen wir nicht schweigen

E.H.¹

Ich habe lange gezögert, diesen Text über mich als „jüdische Juristin“ zu schreiben. Warum ich gezögert und mich am Ende dafür entschieden habe, möchte ich versuchen, zu erklären.

Gezögert habe ich, weil ich mich eigentlich nicht als jüdische Juristin sehe. Sondern nur als Juristin. Religion ist für mich Privatsache und hat mit meiner Berufstätigkeit gar nichts zu tun. Wir sprechen ja auch nicht über „christliche Juristinnen“. Aber es gibt doch Unterschiede, wenn man genauer hinschaut. Zum Beispiel diesen:

Ich habe mich damals entschieden, Jura zu studieren, weil das Studium interessant klang und darüber hinaus die Möglichkeit bot, nach erfolgreichem Abschluss viele unterschiedliche Berufe zu ergreifen. Das klang gut, fand mein 19jähriges Ich, auch weil man sich noch nicht so früh auf einen bestimmten Beruf festlegen musste. Meine Mutter – Kind von zwei Holocaust-Überlebenden und als Elfjährige mit meinen Großeltern nach Deutschland zurückgekehrt – fand das nicht. Sie meinte: „Bist Du sicher? Dann kannst Du Deinen Beruf doch nur in Deutschland ausüben!“ Hinter dieser Frage stand unausgesprochen: „Was, wenn Du fliehen musst?“. Fliehen? Aus Deutschland? Nie wieder, dachte ich damals. Wir sind doch eine gefestigte Demokratie, ganz anders als die Weimarer Republik damals und überhaupt heute viel weiter, als wir damals waren! Das dachte ich damals. Ich fühlte mich sicher in Deutschland, obwohl auch damals schon die Synagogen immer von Polizei und gemeindeeigenem Sicherheitsdienst geschützt werden mussten und man – heute wie damals – die Synagogen und Gemeindezentren nur durch eine Sicherheitsschleuse betreten kann und nur eingelassen wird, wenn man bekannt oder angemeldet ist.

Nicht nur, aber auch, um meiner Mutter zu zeigen, dass Jura auch international oder wenigstens europäisch sein kann, habe ich das Studium mit einer fremdsprachlichen Zusatzausbildung und einem Masterstudium in England verbunden, bin nach dem Referendariat dann aber sehr klassisch erst Rechtsanwältin und dann vor mehr als zehn Jahren Richterin geworden. Ich arbeite an

2 Online: <https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/beamengstige-empathielosigkeit/> (12.09.2024).

1 Die Autorin schreibt unter Pseudonym. Der Name ist der Redaktion bekannt.

einem Landgericht in einer Großstadt. Als sich vor einigen Jahren in einem Strafverfahren die Polizei bei mir meldete und mitteilte, der Angeklagte habe sich möglicherweise radikalisiert und es seien Sicherheitsvorkehrungen für die Hauptverhandlung zu treffen, fragte ich einen Kollegen um Rat. Das erste, was er fragte, war: „Kann der Angeklagte herausfinden, dass Du jüdisch bist?“. Nein, konnte er nicht. Mein Name klingt nicht jüdisch. Bei einer google-Suche findet man keinen Zusammenhang zwischen mir und dem Judentum, ich bin nicht aktiv in der jüdischen Gemeinde meiner Heimatstadt tätig und habe Anfragen, mein Judentum in die Öffentlichkeit zu tragen, bisher immer abgelehnt. Bei entsprechenden Nach- oder Anfragen antwortete ich bisher – siehe oben –, dass meine Religionszugehörigkeit meine Privatsache sei. Das ist aber nur ungefähr ein Drittel der Wahrheit. Das zweite Drittel liegt in der Frage des besorgten Kollegen versteckt: Es kann unangenehme oder auch gefährliche Folgen haben, die Zugehörigkeit zum Judentum offen zu legen. Ich entgehe dieser Gefahr, solange ich nicht von mir aus mitteile, dass ich jüdisch bin. Denn – und das ist das dritte Drittel der Wahrheit – da man weder mir noch meinem Namen mein Judentum ansieht, werde ich als Teil der Mehrheitsgesellschaft angesehen. Das ist angenehm. Es entspricht darüber hinaus meinem Bild von mir selbst in der deutschen Gesellschaft: vollständig integriert, hier zuhause. Daran ändert für mich die Tatsache, dass ich jüdisch bin, gar nichts. Der – unangenehme – Frage, ob es für andere etwas ändert, gehe ich aus dem Weg, solange ich schweige.

Meine Ablehnung, in der Öffentlichkeit über meine Religionszugehörigkeit zu sprechen, bedeutet im Übrigen nicht, dass ich sie geheim halten würde. Meine Freunde wissen es natürlich. Auch der Gerichtspräsident und alle Kolleg*innen, mit denen ich länger als ein Jahr zusammengearbeitet habe, wissen es, denn für die hohen Feiertage Rosch Haschana und Jom Kippur beantrage – und bekomme – ich Sonderurlaub. Meine Familie ist nicht religiös, im täglichen Leben spielt die Religion keine Rolle. Aber wir gehen an den hohen Feiertagen und auch ab und an am Schabbat in die Synagoge, wir feiern zuhause Pessach und Channukka und starten Freitagabends mit Kerzenanzünden und besonderem Essen in den Schabbat und ins Wochenende. Es ist mir und uns als Familie wichtig, diese Traditionen fortzusetzen, damit wir nicht vergessen, wer wir sind.

Bisher war ich mit meiner Zurückhaltung, öffentlich über meine Religionszugehörigkeit zu sprechen, durchaus im Reinen. Im Übrigen liegt darin nur die Fortführung einer Haltung, die wir – ich glaube wirklich, fast alle – als Kinder beigebracht bekommen haben und die ich seither befolgt habe. Sag nicht von Dir aus, dass Du jüdisch bist. Überleg Dir vorher, wem Du es erzählst. Und bleib nicht zu lange vor der Synagoge stehen! Ich habe darüber nie wirklich nachgedacht, sondern mich einfach so verhalten. Dadurch bin ich potenziell unangenehmen Situationen relativ konsequent aus dem Weg gegangen und habe das vor mir damit begründet, dass ich darauf verzichten könnte, mich mit ein paar fehlgeleiteten Ewiggestrigen auseinanderzusetzen. Heute denke ich indes anders über meine Zurückhaltung nach. Ich frage mich, ob es nicht, anstatt auszuweichen, vielmehr erforderlich ist, sich zu zeigen. Damit die anderen erkennen,

dass auch wir Teil der deutschen Gesellschaft sind und nicht eine abstrakte Zahl in einem Geschichtsbuch. Dabei fühle ich mich heute weniger sicher als früher.

Und das liegt an den Reaktionen der deutschen Mehrheitsgesellschaft auf die Ereignisse des 7. Oktober 2023. Die Bevölkerungsgruppe, der ich mich zugehörig fühle, schloss mich auf einmal aus, weil sie das Leid der getöteten, verletzten und verschleppten Israelis viel zu gleichgültig hinnahm. Weil sie viel zu oft den Terror der Hamas rechtfertigte. Und weil viel zu oft nicht nur von der Hamas und ihren Sympathisanten, sondern auch von den Linken und Rechten hier zuhause „die Juden“ insgesamt „Schuld“ waren. Es wurden Klischees bemüht und Ansichten geäußert, von denen ich dachte, dass wir sie längst überwunden hatten. Natürlich gilt das nicht für alle. Das wäre stark verkürzt und auch unfair. Ich habe von vielen Freunden bestärkende Worte gehört. Es kamen Mitmenschen auf mich zu und fragten, wie es mir geht, von denen ich nicht wusste, dass ihnen bekannt war, dass ich jüdisch bin. Als Anfang des Jahres die vielen Demonstrationen gegen rechts stattfanden, ging ich hin und fühlte mich getröstet. So viele Menschen! Und wenn die rote Linie für diese Demonstranten dann überschritten ist, wenn die „Remigration“ von Mitmenschen gefordert wird, dann ist das doch ausreichend, dachte ich. Und dennoch. Die Verunsicherung, die ich in den ersten Wochen nach dem 7. Oktober sehr stark gespürt habe, ist nach wie vor da. Ich habe das Gefühl – und ich hoffe sehr, dass ich mich täusche –, dass unsere Demokratie, die mir am Anfang meines Studiums so sicher schien, im Augenblick gefährdet ist. Das hat (natürlich) nicht nur mit dem Umgang mit den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden zu tun. Es hat aber etwas damit zu tun, dass diejenigen, die dagegenhalten könnten, viel zu oft schweigen. Aus Bequemlichkeit. Aus Gleichgültigkeit. Mitunter auch aus Angst. Aber wenn wir unsere Werte schützen wollen, dürfen wir nicht schweigen. Wir müssen uns zeigen und diskutieren und die Demokratie verteidigen. Und das ist der Grund, warum ich mich entschieden habe, diesen Text zu schreiben.

Als jüdische Jurastudentin in Deutschland

Sophia Krickelberg

Jurastudentin an der Humboldt-Universität zu Berlin

Ich bin in der Nähe von Bonn als Tochter einer jüdischen Israelin und eines nichtjüdischen Deutschen geboren und aufgewachsen. Die Familie meiner Mutter stammt ursprünglich aus Polen und Bulgarien. Mein Großvater mütterlicherseits wurde 1935 in Polen in eine jüdische Familie geboren und überlebte gemeinsam mit seinem Vater den Holocaust, verlor jedoch seine Mutter und seinen Bruder sowie zahlreiche andere Familienmitglieder. Nach dem Krieg fand er zunächst Zuflucht in einem Displaced Persons Camp in München und wanderte dann nach Israel aus, wo er Militärdienst leistete, heiratete und Kinder bekam, bevor er 1967 mit seiner Familie aus beruflichen Gründen nach Köln zog.

Obwohl meine Familie nicht religiös war, vermittelte mir meine Mutter bereits im frühen Kindesalter eine tiefe Verbundenheit zu unserer jüdischen Identität. Die jährliche Teilnahme an jüdischen Ferienfreizeiten, der Besuch der Synagoge zu hohen Feiertagen und der Kontakt zur jüdischen Gemeinde Bonn verstärkten dieses Gefühl der Zugehörigkeit. Im Alltag und in der Schule war ich mir stets bewusst, dass ich mich von meinen Mitschülern – wenn auch nur kulturell – unterschied. Ich lernte früh, stolz auf meine Herkunft und Traditionen zu sein, auch wenn ich oft die einzige jüdische Person in meinem Umfeld war. Trotz der geringen jüdischen Präsenz in meiner Heimatstadt fühlte ich mich in meiner Kultur und Herkunft verwurzelt und lernte, dies als Bereicherung und nicht als Hindernis zu sehen. Auf der anderen Seite wurde ich aber auch sehr früh schon mit den negativen Seiten des Jüdischseins konfrontiert. So wurde zuhause schon früh über unsere Familiengeschichte in der Shoah und dem immer stärker wachsenden Antisemitismus gesprochen. Auch bei der Wahl meines Studienfachs riet mir meine Mutter dann, eine Karriere anzustreben, die ich im Notfall auch im Ausland fortsetzen könnte. Sie befürchtete, dass jüdisches Leben in Deutschland eines Tages nicht mehr möglich sein könnte.

Nach dem Abitur zog ich nach Berlin, um an dem jüdischen Gap-Year-Programm “JAcademy” teilzunehmen. Dieses Programm, das der beruflichen und persönlichen Weiterentwicklung dient, war eine prägende Erfahrung für mich. Die jüdische Gemeinde in Berlin bot mir zum ersten Mal einen Raum, in dem ich meine jüdische Identität völlig frei ausleben und gleichzeitig Teil der modernen deutschen Gesellschaft sein konnte. Das Programm bestand aus verschiedenen Klassen, die sich mit jüdischer Philosophie, *Halacha* (jüdischem Recht) und Geschichte befassten sowie aus Kursen, die auf die persönliche berufliche Entwicklung abzielten. Besonders bereichernd waren für mich die Praktika, die ich sowohl in Berlin als auch in London absolvierte und bei denen ich Einblicke in eine Zahnarztpraxis, eine Wohltätigkeitsorganisation und einen politischen Think Tank sammeln konnte. “JAcademy” bot mir somit nicht nur eine Gelegenheit zur beruflichen Orientierung, sondern auch die Möglichkeit, mich mit zentralen Fragen

des Judentums auseinanderzusetzen und so meine (jüdische) Identität zu festigen.

Heute spielt das Judentum eine wichtige Rolle in meinem Alltag. Ich ernähre mich kosher und halte Schabbat, weshalb ich samstags von typischer Wochentagsarbeit Abstand nehme und unter anderem kein Handy benutze. Diese wöchentliche Auszeit vom akademischen Stress und Alltag ist für mich nicht nur religiöse Pflicht, sondern auch eine Quelle der Kraft und Inspiration.

In meiner Freizeit engagiere ich mich in der jüdischen Studierendenorganisation Olami Germany. Gemeinsam organisieren wir Schabbat-Essen, Feiern und Diskussionsrunden, um junge jüdische Personen aus verschiedensten religiösen Strömungen und Ländern zusammen und in einen Austausch zu bringen. Zu sehen, dass Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensweisen und Ansichten durch ihre jüdische Herkunft und Tradition zusammenkommen können, stärkt meine jüdische Identität und inspiriert mich, die Vielfalt und den Zusammenhalt innerhalb des Judentums zu schätzen.

Die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 und die darauffolgenden Entwicklungen haben mich schwer erschüttert und prägen mich weiterhin. Die zunehmenden Spannungen und die steigende Zahl antisemitischer Vorfälle in Deutschland und auf der ganzen Welt machen mir große Angst und lassen bei mir existenzielle Fragen aufkommen: Ist Deutschland langfristig eine sichere Heimat für Jüdinnen und Juden? Hindert mich mein sehr auf Deutschland ausgerichtetes Studium daran, dauerhaft in einem anderen Land zu leben? Die Möglichkeit, nach Israel oder woanders hin zu gehen, steht im Raum, auch wenn ich mich dem nicht leichten Herzens zuwende.

Für die nahe Zukunft plane ich vorerst, mein Jurastudium erfolgreich abzuschließen. Ob Deutschland auch langfristig meine Heimat sein wird, lässt sich allerdings nicht einfach beantworten. Die jüngsten Ereignisse haben alte Wunden aufgerissen und neue Fragen aufgeworfen. Meine jüdische Identität wird aber immer ein wesentlicher Teil von mir sein, egal wo ich lebe. Sie ist eine Quelle der Stärke, der Gemeinschaft und der Tradition. Gleichzeitig sehe ich mich als Teil der deutschen Gesellschaft und möchte bestmöglich zu ihrem positiven Wandel beitragen.